

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)

Geschäftsführung
Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-94 317

Fax: (0221) 221-94 342

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 27.12.2011

Niederschrift

über die **19. Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 10.10.2011, 17:00 Uhr bis 21:30 Uhr, Bezirksrathaus Ehrenfeld, Raum 116

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Herr Josef Wirges SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Petra Bossinger	SPD
Herr Walter Leitzen	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Herr Max Baumann	GRÜNE
Frau Ingrid Haub	GRÜNE
Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Richard F. Wagner	GRÜNE
Frau Petra Wilke	GRÜNE
Herr Dr. Carl Barthel	CDU
Frau Jutta Kaiser	CDU
Frau Ursula Strobl	CDU
Frau Marlis Pöttgen	FDP

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Kurt Geuer

Verwaltung:

Frau Scheunemann	02-4
Frau Jung	02-4/0
Frau Rosenstein	66
Frau John	51
Frau Müllers	51

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Hans-Peter Juretzki	SPD	
Herr Tekin Parmaksiz	SPD	
Herr Ralf Klemm	GRÜNE	
Herr Peter Zaun	CDU	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	unentschuldigt!
Frau Yesim Yesil-Bal	DIE LINKE	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Kron	SPD
Frau Kirsten Reinhardt	GRÜNE
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Manfred Waddey	GRÜNE
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Frau Bettina Tull	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.
Frau Christraut Kirchmeyer	FDP
Herr Bernd Schöppe	pro Köln

Bezirksbürgermeister Wirges eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass Bezirksvertreter Juretzki (SPD-Fraktion), Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Bezirksvertreter Parmaksiz (SPD-Fraktion), Bezirksvertreterin Yesil-Bal (Die Linke) und Bezirksvertreter Zaun (CDU-Fraktion) entschuldigt fehlen. Bezirksvertreter Dr. Barthel (CDU-Fraktion) wird die Sitzung früher verlassen müssen. Bezirksvertreter Uckermann (pro Köln) fehlt unentschuldigt.

Die Tagesordnung soll gemäß Nachtragstagesordnung erweitert werden.

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion), Bezirksvertreter Baumann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Bezirksvertreterin Strobl (CDU-Fraktion) werden als Stimmzähler benannt.

Die SPD-Fraktion meldet eine mündliche Anfrage zu TOP 11 an.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der geänderten und ergänzten Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bericht der Sozialraumkoordinatoren/innen

1 Aktuelle Stunde

2 Einwohnerfragestunde

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

- 3.1 Bürgerantrag: Einzeichnung zusätzlicher Parkplätze in der Kleiststraße/Neuehrenfeld (02-1600-20/11)
1493/2011
(übernommen aus der Sitzung am 12.09.2011)

4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates

5 Annahme von Schenkungen

6 Anhörungen und Stellungnahmen

- 6.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung
1017/2011
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 08.08.2011 übersandt)
- 6.2 218. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1928/2011
(übernommen aus der Sitzung am 12.09.2011)
- 6.3 Verkehrsversuch zur Änderung der Lkw-Führung im Bereich Hartwichstraße/Escher Straße
1961/2011
- 6.4 Erneuerung von Lichtsignalanlagen - Einzelanlagen
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010, TOP 5.1
1732/2011
- 6.5 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14
2715/2011
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 13.09.2011 übersandt)
- 6.6 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bickendorf
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Wilhelm-Mauser-Straße/Vogelsanger Straße in Köln-Bickendorf, 3. Änderung
2962/2011
- 6.7 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld, Moderationsverfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit;
hier: Einrichtung einer Lenkungsgruppe zur Begleitung des Verfahrens
3634/2011

- 6.8 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße mit
gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen und Verpflich-
tungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007
3020/2011
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 23.09.2011 übersandt)
- 6.9 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf hier: Baubeschluss für den Neu-
bau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße mit gleichzeitiger Freigabe von in-
vestiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-
1202-4-6007
3055/2011
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 23.09.2011 übersandt)
- 7 Entscheidungen**
- 7.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld, Ar-
beitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld, hier: Ergebnisse der frühzeitigen
Öffentlichkeitsbeteiligung
2427/2011
(übernommen aus der Sitzung am 12.09.2011)
- 7.2 Änderung der Verkehrsführung der Nebenfahrbahn der Äußeren Kanalstraße zwi-
schen Subbelrather Straße und Feltenstraße in Köln-Bickendorf
3558/2011
- 8 Anfragen**
- 8.1 Stellungnahmen zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
- 8.1.1 Anfrage von Frau Pöttgen (FDP), betr.: Gegenläufige Öffnung von Einbahnstraßen
in Neuehrenfeld
AN/0860/2011
- 8.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Einfärbung des Fahrradschutzstreifens auf der
Venloer Straße
AN/1149/2011
- 8.1.3 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Einzelhandelskonzept, stadtteilbezogen
AN/1536/2011
- 8.1.4 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Einzelhandelskonzept, allgemein
AN/1537/2011
- 8.1.5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Baumfällungen Apenrader Stra-
ße 42
AN/1544/2011

8.1.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Information über Baumfällungen und Ersatzpflanzungen in Ehrenfeld
AN/1545/2011

8.1.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Lärmstreifen
AN/1546/2011

8.2 Neue Anfragen

8.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Montessori-Gymnasium, Rochusstraße
AN/1740/2011

8.2.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Änderung der Zuständigkeitsordnung
AN/1759/2011

8.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: Führungen des Museumsdienstes für Schulklassen
AN/1789/2011

9 Anträge

9.1 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Querparken in der Siemensstraße
AN/1214/2011
(übernommen aus der Sitzung am 12.09.2011)

9.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Sachstandsbericht der Verwaltung zu bisher noch nicht realisierten Spielplätzen und nicht aufgestellten Spielgeräten in Ehrenfeld
AN/1751/2011

9.3 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Fahrradnadeln an der Ittisstraße
AN/1743/2011

9.4 Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Linksabbiegerampeln Widersdorfer Str./Maarweg
AN/1752/2011

9.5 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Neue Altglascontainer Neptunplatz
AN/1744/2011

10 Mitteilungen

- 10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters
- 10.2 Mitteilungen der Verwaltung
 - 10.2.1 Querungshilfe Liebigstraße in Höhe Schadowstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 07.09.2009,
TOP 9.11
3613/2011
 - 10.2.2 Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfen, Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung
des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internatio-
nales am 04.07.2011
2671/2011
 - 10.2.3 Niederschrift der 7. Sitzung des Rahmenplanungsbeirates am 19. Juli 2011
3863/2011
 - 10.2.4 Roteinfärbung der Fahrradschutzstreifen auf der Venloer Straße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 21.03.2011,
TOP 9.5
Anfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 8.2
3720/2011
 - 10.2.5 Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 nach Bocklemünd/Mengenich
hier: Fußgängerbrücken im Bereich Tollerstraße
3874/2011
 - 10.2.6 Baumfällungen im Stadtbezirk Ehrenfeld
4040/2011
 - 10.2.7 Denkmalpflegerisches Gutachten zum Friedhof Ehrenfeld 2011
4044/2011

11 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Anhörungen und Stellungnahmen

13 Entscheidungen

14 Schriftliche Anfragen

15 Anträge

16 Mitteilungen

16.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

16.2 Mitteilungen der Verwaltung

17 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Bericht der Sozialraumkoordinatoren/innen

Die Sozialraumkoordinatoren der Sozialräume Bickendorf/Westend und Bocklemünd/Mengenich stellen ihre Arbeit vor. Der Vortrag ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

- 1 Aktuelle Stunde**
- 2 Einwohnerfragestunde**
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide**
- 3.1 Bürgerantrag: Einzeichnung zusätzlicher Parkplätze in der Kleiststraße/Neuehrenfeld (02-1600-20/11)
1493/2011**

Bezirksbürgermeister Wirges fasst die Ergebnisse des Ortstermins am 04.10.2011 zusammen.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) führt aus, dass dem Anliegen der Petentin gefolgt werden könne. Sie spricht sich dafür aus, den Beschluss entsprechend den Ergebnissen des Ortstermins abzuändern. Der Parkplatz am Parkeingang solle entfernt werden, um einen Zugang zum Fußweg zu ermöglichen.

Bezirksvertreter Wagner (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich gegen Schrägparken aus, da hierdurch der Fußweg zugestellt werde.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) spricht sich für eine Anwohnerbefragung aus.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) spricht sich für Schrägparken aus. Der Parkdruck in dem Viertel sei generell sehr hoch.

Bezirksvertreterin Wilke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist auf die Tiefgarage Subbelrather Straße/Ehrenfeldgürtel hin. Diese sei bis vor einiger Zeit nicht voll ausgelastet gewesen. Sie bittet die Verwaltung um Sachstandsmitteilung hierzu.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld bedankt sich bei der Petentin für ihre Anregung.

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Vorlage für das Errichten von Schrägparken vor den Häusern 4-10 Kleiststraße zu erstellen.

Der Parkplatz vor dem Parkeingang Schlösserstraße soll wegfallen, um den Fußgängern einen Zugang ohne Umwege zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der geänderten Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, eine Vorlage für das Errichten von Schrägparken vor den Häusern 4-10 Kleiststraße zu erstellen.

Der Parkplatz vor dem Parkeingang Schlösserstraße soll wegfallen, um den Fußgängern einen Zugang ohne Umwege zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis Absatz 1 des Ergänzungsantrags

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Absatz 1 des Ergänzungsantrags mehrheitlich gegen 3 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Abstimmungsergebnis Absatz 2 des Ergänzungsantrags

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Absatz 2 des Ergänzungsantrags einstimmig zu.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld bedankt sich bei der Petentin für ihre Anregung. Der Antrag auf Einrichtung zusätzlicher Parkplätze in der Kleiststraße wird aber abgelehnt.

4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates

5 Annahme von Schenkungen

6 Anhörungen und Stellungnahmen

6.1 Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln hier: 4. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung 1017/2011

Bezirksbürgermeister Wirges gibt einen Sachstandsbericht über die Arbeitsgruppe der Bezirksbürgermeister.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich dafür aus, die Beschlussvorlage zurückzustellen, da die entsprechende Anfrage unter TOP 8.2.2 noch nicht beantwortet ist.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) sieht die Fragen durch die Ausführungen von Bezirksbürgermeister Wirges als beantwortet an. Nichtsdestotrotz sollte eine Stellungnahme der Verwaltung vorliegen. Sie schlägt vor, den Beschlusstext zu ergänzen.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) spricht sich dafür aus, die Ergebnisse der Arbeitsgruppe abzuwarten.

Bezirksvertreterin Strobl (CDU-Fraktion) fragt nach, warum die Gesamtschulen aus der Zuständigkeit der Bezirke herausgenommen wurden.

Bezirksbürgermeister Wirges führt dies auf die überörtliche Bedeutung der Gesamtschulen zurück.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Änderung der Zuständigkeitsordnung durch die in Anlage 2 enthaltene

4. Änderungssatzung.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld erwartet, dass die Runde der Bezirksbürgermeister zu einem Ergebnis kommt, dass die Position und die Rechte des Bezirks gestärkt werden.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld erwartet einen Bericht (ggf. Zwischenbericht) spätestens in drei Monaten.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der geänderten Beschlussvorlage einstimmig zu.

6.2 218. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1928/2011

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den Erlass der 218. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen.

ja/nein

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

6.3 Verkehrsversuch zur Änderung der Lkw-Führung im Bereich Hartwichstraße/Escher Straße 1961/2011

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Verkehrsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Hartwichstraße folgende Maßnahmen vorzunehmen:

1. Durchführung eines sechsmonatigen Verkehrsversuches, der folgende verkehrliche Änderungen beinhaltet:
 - Freigabe der Escher Straße im Abschnitt zwischen Hartwichstraße und Innere Kanalstraße in Fahrtrichtung Innere Kanalstraße für den Lkw-Verkehr in der Zeit zwischen 06:00 und 22:00 Uhr.
 - Sperrung der Hartwichstraße für den Lkw-Verkehr nachts zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr (KVB frei) durch eine entsprechende Beschilderung.
2. Information der Anwohner und Gewerbetreibenden durch Faltblätter über die Änderung der Verkehrsführung.

3. Durchführung von Verkehrsuntersuchungen und
4. Erstellung eines abschließenden Berichtes und dessen Vorlage beim Verkehrsausschuss und den Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

**6.4 Erneuerung von Lichtsignalanlagen - Einzelanlagen
hier: Beschluss aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 11.05.2010,
TOP 5.1
1732/2011**

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) fragt nach, welche Möglichkeiten es gebe, Lichtsignalanlagen mit sogenannten „Ampelfrauen“ auszustatten.

Frau Rosenstein (66) führt aus, dass es in Deutschland durchaus Städte gibt, z.B. Leipzig, die Ampelfrauen verwenden. Einzelheiten sind entsprechend zu klären.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Verkehrsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die sukzessive, systematische Erneuerung der in der Vorlage aufgeführten Lichtsignalanlagen - Einzelanlagen - im Kölner Stadtgebiet fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.

Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung bei einer Enthaltung (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig zu.

**6.5 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14
2715/2011**

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) spricht sich für die Vorlage aus, merkt aber an, dass seit dem entsprechenden Schulkonferenzbeschluss der Eichendorff-Realschule über ein Jahr bis zur Erstellung der Beschlussvorlage vergangen ist. Die Vorlage enthalte zudem keine Antworten auf die Anregungen der Schulkonferenz.

Beschlussvorschlag einschließlich Deckungsvorschlag, Alternative

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 die Einführung des Ganztagsbetriebs gem. § 9 Abs. 1 SchulG NRW an den Gymnasien:
 1. Apostelgymnasium, GY Biggestraße 2, 50931 Köln-Lindenthal
 2. Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium, GY Nikolausstraße 51-53, 50937 Köln-Sülz,

3. Genovevagymnasium, GY Genovevastraße 58-62, 51063 Köln-Mülheim

zum 01.08.2012

und an den Schulen:

1. Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, GY Severinstraße 241, 50676 Köln-Altstadt/Süd,
2. Eichendorf-Schule, Realschule Dechenstraße 1, 50825 Köln-Neu Ehrenfeld
3. Hauptschule Rendsburger Platz 1, 51065 Köln-Mülheim

zum 01.08.2013.

- 2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bezüglich der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung zu betreiben. Für die Schulen, die den Ganztagsbetrieb einführen, sind unverzüglich die für die Bau- und Einrichtungsmaßnahmen notwendigen Beschlüsse unter Darstellung der haushaltmäßigen Auswirkungen herbeizuführen. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2012 die Zusetzung von 0,04 Stelle Schulsekretär/in auf der Basis folgender Bewertung:

Gymnasien / Realschulen = VGr. VII/VIb, Fg. 1b/1b BAT entspricht EG 5 TVöD;
Hauptschulen = VGr. VII, Fg. 1a BAT entspricht EG 5 TVöD.

Die weiterhin erforderlichen Stellenzusetzungen erfolgen sukzessive entsprechend der jahrgangswise aufbauenden Aufnahme des Ganztagsbetriebs (siehe Anlage 8). Danach ergibt sich insgesamt ein zusätzlicher Mehrbedarf von 0,46 Stellen ab dem Schuljahr 2018/19, der dauerhaft bereitzustellen ist.

Sollte der Stellenplan 2012 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtungen noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die im Hj. 2012 entstehenden zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 736,71 € werden im Rahmen der im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, veranschlagten Mittel bereitgestellt. Die in den Folgejahren zusätzlich entstehenden Personalkosten (Hj. 2013 = 3.230,59 €, Hj. 2014 = 6.740,59 €, Hj. 2015 = 10.250,58 €, Hj. 2016 = 13.760,58 €, Hj. 2017 = 16.533,87 €, Hj. 2018 = 18.030,20€, ab Hj. 2019 = 18.722,00 €) sind bei der Veranschlagung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

6.6 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bickendorf Arbeitstitel: Gewerbegebiet Wilhelm-Mauser-Straße/Vogelsanger Straße in Köln-Bickendorf, 3. Änderung 2962/2011

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) fragt nach, warum die Äußere Kanalstraße nicht in die Veränderungssperre aufgenommen wurde.

Herr von Wolff (61) teilt mit, dass sich die Veränderungssperre auf den Geltungsbereich des Bebauungsplans bezieht.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Bickendorf –Arbeitstitel: Gewerbegebiet Wilhelm-Mauser-Straße/Vogelsanger Straße in Köln-Bickendorf, 3. Änderung– für das Gebiet zwischen Wilhelm-Mauser-Straße, Venloer Straße, Äußere Kanalstraße, Fußweg zwischen Äußere Kanalstraße und Vitalisstraße, Vitalisstraße, Vogelsanger Straße, Maarweg, Bahnstrecke Köln – Aachen und Gürtelbahn in Köln-Bickendorf in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmt.

Ja / Nein

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

6.7 Heliosgelände in Köln-Ehrenfeld, Moderationsverfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit; hier: Einrichtung einer Lenkungsgruppe zur Begleitung des Verfahrens 3634/2011

Herr von Wolff (61) erläutert die neue Anlage 3 zur Beschlussvorlage.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) kritisiert, dass lediglich ein Vertreter der Bürgerinitiative für die Lenkungsgruppe vorgesehen ist. Diese sei gegenüber der Politik unterrepräsentiert. Sie beantragt den Beschluss entsprechend abzuändern und zwei Vertreter der Bürgerinitiative in die Lenkungsgruppe aufzunehmen. Sie betrachtet es als unglücklich, dass die Lenkungsgruppe sich erst am 22.11.11 konstituiert, obwohl für den 01.12.2011 die erste Bürgerversammlung vorgesehen ist. Sie spricht sich für den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion aus.

Herr von Wolff (61) führt zur Terminsetzung aus, dass eine Vielzahl von Terminen aufeinander abgestimmt werden musste. Die Lenkungsgruppe werde aber nicht ihrer Rechte beraubt. Er spricht sich gegen die Einbeziehung des Rahmenplanungsbeirates Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld in die Lenkungsgruppe aus. Er schlägt vor, den Beirat in die Workshops einzuladen.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich der Kritik hinsichtlich der engen Terminsetzung an. Sie spricht sich ebenfalls für die Aufnahme eines 2. Vertreters der Bürgerinitiative in die Lenkungsgruppe aus. Aufgrund der Ausführungen von Herrn von Wolff schlägt sie vor, den Rahmenplanungsbeirat in die Workshops einzubeziehen. Sie stellt einen entsprechenden Änderungsantrag.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) gibt zu bedenken, dass das Rahmenplanungsgebiet eng an das Heliosgelände anschließt. Aufgrund dessen sollte der Beirat eingebunden werden. Sie spricht sich gegen die Aufnahme eines weiteren Vertreters der Bürgerinitiative aus, da auch die anderen gesellschaftlichen Gruppen und Vereinigungen, wie zum Beispiel der Bürgerverein, nur mit einem Vertreter in der Lenkungsgruppe berücksichtigt sind.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, zur Begleitung des Moderationsverfahrens Heliosgelände eine Lenkungsgruppe mit der vorgeschlagenen Besetzung (gemäß Anlage 3) einzusetzen;
2. nimmt den Entwurf für die Geschäftsordnung der Lenkungsgruppe zur Kenntnis.

Alternative: anderweitige Besetzung der Lenkungsgruppe nach Beratungsergebnis

I. Die Lenkungsgruppe soll sich in Bezug auf die Vertreter der Bürgerinitiative Helios an der ursprünglichen Anlage 1 orientieren, d.h. die Bürgerinitiative entsendet zwei Vertreter.

II. Der Rahmenplanungsbeirat soll aktiv in die Workshops einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der geänderten Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

I. Die Lenkungsgruppe soll sich in Bezug auf die Vertreter der Bürgerinitiative Helios an der ursprünglichen Anlage 1 orientieren, d.h. die Bürgerinitiative entsendet zwei Vertreter.

II. Der Rahmenplanungsbeirat soll aktiv in die Workshops einbezogen werden.

Abstimmungsergebnis zu I.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Punkt I. des Änderungsantrags mehrheitlich zu gegen 2 Stimmen (CDU-Fraktion).

Abstimmungsergebnis zu II.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Punkt II. des Änderungsantrags einstimmig zu bei 1 Enthaltung (FDP).

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, ein Mitglied des Rahmenplanungsbeirats Braunsfeld/Ehrenfeld, vorzugsweise Herr Joachim Schulz (Vorsitzender) als beratendes Mitglied in die Lenkungsgruppe zum Heliosgelände zusätzlich aufzunehmen.

Das Rahmenplanungsgebiet befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Heliosgelände. Da hier bereits einige Grundstücke mit Wohn- und Gewerbeflächen in Planung sind, ist es erforderlich, diese Flächenentwicklung in die Beratung und Planung mit aufzunehmen. Die Einbeziehung des Beirats ist daher wichtig.

Abstimmungsergebnis

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld lehnt den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen 3 Stimmen (CDU-Fraktion, FDP) ab.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld benennt folgende Vertreter/innen der Bezirksvertretung Ehrenfeld:

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion)

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion).

**6.8 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße mit
gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen und Ver-
pflichtungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-
6007
3020/2011**

Herr Matzel (Amt für Brücken- und Stadtbahnbau, 69) weist auf die Dringlichkeit des Beschlusses hin. Der Zeitplan, den Umbau in den Sommerferien 2012 durchzuführen, könne ansonsten nicht eingehalten werden. Er nimmt Stellung zu den von der Bezirksvertretung gefassten Beschlüssen.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) kritisiert, dass die Beschlüsse entgegen der Absprachen des Ortstermins nicht umgesetzt werden können.

Frau Rosenstein (Amt für Straßen- und Verkehrstechnik, 66) erläutert die Prüfergebnisse zu den gefassten Beschlüssen.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) und Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) sprechen sich gegen den vorgesehenen Zweirichtungsradverkehr aus.

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) spricht sich für den Zweirichtungsradverkehr aus.

Bezirksvertreter Wagner (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert, dass die Verwaltung entgegen dem Beschluss der Bezirksvertretung drei Parkplätze auf der Liebigstraße erhalten möchte.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) sieht in den Planungen der Verwaltung Vorteile sowohl für die Anwohner, wie auch für die Verkehrsteilnehmer.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich für den Wegfall der drei Parkplätze aus und bekräftigt den Beschluss vom 12.09.2011.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baubeginns – mit der Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße in Form eines Mittelbahnsteiges mit der für einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg erforderlichen Höhe von 90 cm über SO mit städtischen Gesamtkosten von 3.707.328,98 EUR. Zur Wahrung von Fristen darf das Ausschreibungsverfahren bereits ohne die genannten Vorbehalte eingeleitet und bis zur tatsächlichen Vergabe fortgeführt werden. Zuwendungsunschädliche Bauleistungen wie z.B. vorlaufende Leitungsverlegungen und Baufeldfreiräumung dürfen beauftragt werden.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 1.744.711,34 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011 sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.962.617,64 EUR, Hj. 2012.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Ehrenfeld der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.

ja / nein

1.) Im Plan zum Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße sollen die am 12.09.2011 unter TOP 9.6 und 9.10 beschlossenen Maßnahmen Berücksichtigung fin-

den.

2.) Außerdem soll für das Grundstück Ecke Glasstraße/Subbelrather Straße ein Nutzungskonzept vorgelegt und der Plan entsprechend geändert werden.

Abstimmungsergebnis

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der ergänzten Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1.) Im Plan zum Neubau der Stadtbahnhaltestelle Liebigstraße sollen die am 12.09.2011 unter TOP 9.6 und 9.10 beschlossenen Maßnahmen Berücksichtigung finden.

2.) Außerdem soll für das Grundstück Ecke Glasstraße/Subbelrather Straße ein Nutzungskonzept vorgelegt und der Plan entsprechend geändert werden.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1 des Ergänzungsantrags

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Punkt 1 des Ergänzungsantrags mehrheitlich gegen 4 Stimmen (CDU-Fraktion, FDP) zu.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 des Ergänzungsantrags

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Punkt 2 des Ergänzungsantrags einstimmig zu.

6.9 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007 3055/2011

Bezirksvertreter Wagner (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Ergänzungsantrag seiner Fraktion.

Bezirksvertreter Kaiser (CDU-Fraktion) spricht sich für die Einrichtung eines Z-Übergangs aus.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) sieht keine Möglichkeit für die Einrichtung eines 2. Übergangs.

Herr Matzel (69) nimmt Stellung zum Ergänzungsantrag. Er betont, dass ein Z-Übergang in den Richtlinien vorgesehen ist. Dieser sei Bestandteil der Genehmigung durch die Bezirksregierung. Durch eine Änderung dieses Überganges müsste ein neuer Antrag bei der Bezirksregierung gestellt werden. Ein zweiter Übergang sei baulich nur sehr schwer umzusetzen.

Frau Rosenstein (66) betont, dass ein Z-Übergang die sicherste Variante sei.

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) spricht sich gegen einen Z-Übergang aus.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich eines rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in NRW (ÖPNVG) oder alternativ vorbehaltlich der Genehmigung eines vorzeitigen zuwendungsunschädlichen Baube-

ginns – mit der Umrüstung der Stadtbahnhaltestelle Gutenbergstraße in Form von Seitenbahnsteigen mit der für einen niveaugleichen Ein- und Ausstieg erforderlichen Höhe von 90 cm über SO mit städtischen Gesamtkosten von 1.093.908,66 EUR. Zur Wahrung von Fristen darf das Ausschreibungsverfahren bereits ohne die genannten Vorbehalte eingeleitet und bis zur tatsächlichen Vergabe fortgeführt werden. Zuwendungsunschädliche Bauleistungen wie z.B. vorlaufende Leitungsverlegungen und Baufeldfreiräumung dürfen beauftragt werden.

Der Rat beschließt gleichzeitig die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes in Höhe von 1.093.908,66 EUR bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. LENAUF.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2011.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Ehrenfeld der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.

ja / nein

1.) Die Beschlüsse der BV Ehrenfeld von 2010 und 2011 zur barrierefreien und behindertengerechten Erreichbarkeit der Haltestelle und zur Straßenquerung Gutenbergstraße sollen in dieser Planung Berücksichtigung finden.

2.) Ein Z-Übergang wird abgelehnt –ein direkter Übergang- wie heute bereits vorhanden, soll beibehalten werden.

4.) Die aktuelle Radverkehrsanlage ist zu überprüfen in Hinsicht auf Breite der aktuellen baulichen Radwege (Benutzungspflichtigkeit) sowie hinsichtlich von Alternativen (Fahrradstreifen oder Fahrrad-Schutzstreifen) und mit dem Fahrradbeauftragten abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der ergänzten Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1.) Die Beschlüsse der BV Ehrenfeld von 2010 und 2011 zur barrierefreien und behindertengerechten Erreichbarkeit der Haltestelle und zur Straßenquerung Gutenbergstraße sollen in dieser Planung Berücksichtigung finden.

2.) Ein Z-Übergang wird abgelehnt –ein direkter Übergang- wie heute bereits vorhanden, soll beibehalten werden.

3.) Ein weiterer Zug nag zur Haltestelle soll auf der Ostseite (Querung etwa in Höhe von Leostraße/Peter-Bauer-Straße) realisiert werden.

4.) Die aktuelle Radverkehrsanlage ist zu überprüfen in Hinsicht auf Breite der aktuellen baulichen Radwege (Benutzungspflichtigkeit) sowie hinsichtlich von Alternativen (Fahrradstreifen oder Fahrrad-Schutzstreifen) und mit dem Fahrradbeauftragten abzustimmen.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1 des Ergänzungsantrags

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Punkt 1 des Ergänzungsantrags einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 des Ergänzungsantrags

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Punkt 2 des Ergänzungsantrags mehrheitlich gegen 5 Stimmen (CDU-Fraktion, FDP) bei 1 Enthaltung (SPD-Fraktion) zu.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3 des Ergänzungsantrags

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld lehnt Punkt 3 des Ergänzungsantrags mehrheitlich gegen 5 Stimmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ab.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 4 des Ergänzungsantrags

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt Punkt 4 des Ergänzungsantrags einstimmig zu.

7 Entscheidungen

7.1 182. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld, Arbeitstitel: Widdersdorfer Straße in Köln-Ehrenfeld, hier: Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 2427/2011

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) führt aus, dass sich der Rahmenplanungsbeirat für einen öffentlich-rechtlichen Vertrag ausgesprochen habe, damit die ansässige Firma sich nach Ausweisung einer GI Fläche nicht weiter ausbreiten kann. Eine Stellungnahme der Verwaltung besagt, dass dies für einen Rechtsnachfolger nicht rechtlich bindend sei. Aufgrund des langen Bestehens der Firma mache es aber Sinn den Vertrag abzuschließen.

Herr von Wolff (61) führt aus, dass die fehlende Bindung des Rechtsnachfolgers an den Vertrag zutreffend sei. Zudem seien die Sanktionsmöglichkeiten bei Vertragsbrüchen begrenzt und schwer zu definieren. Alternativ hierzu könnte der Beschluss gefasst werden, die nicht als GI benötigten Flächen nicht als GI auszuweisen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt, dass die Flächennutzungsplanänderung unter Berücksichtigung ihres Beschlusses vom 06.12.2010 (Anlage 2) weiter betrieben wird **mit der Maßgabe, dass die geplante interne Gliederung des künftigen GI-Gebietes in störende und nicht störende Betriebsstelle in einem städtebaulichen Vertrag festgeschrieben oder durch eine Reduzierung der GI-Fläche zu Gunsten einer GE-Fläche gesichert wird. Ein Heranrücken störender Betriebsteile an die benachbarte Wohnbebauung ist in jedem Fall auf Dauer auszuschließen.**

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der ergänzten Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

7.2 Änderung der Verkehrsführung der Nebenfahrbahn der Äußeren Kanalstraße zwischen Subbelrather Straße und Feltenstraße in Köln-Bickendorf 3558/2011

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit die Anliegerfahrbahn der Äußeren Kanalstraße zwischen Subbelrather Straße und Feltenstraße mit Hilfe von Absperrpfosten vollständig zu sperren.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

8 Anfragen

8.1 Stellungnahmen zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

8.1.1 Anfrage von Frau Pöttgen (FDP), betr.: Gegenläufige Öffnung von Einbahnstraßen in Neuehrenfeld AN/0860/2011

Die Stellungnahme der Verwaltung kann erst in der nächsten Sitzung abgegeben werden.

8.1.2 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Einfärbung des Fahrradschutzstreifens auf der Venloer Straße AN/1149/2011

Die Stellungnahme der Verwaltung kann erst in der nächsten Sitzung abgegeben werden.

8.1.3 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Einzelhandelskonzept, stadtteilbezogen AN/1536/2011

1. wieso ist die Berücksichtigung der Wohnanlage „Margarethapark“ und des Gewerbe- und Wohngebietes „Am Butzweilerhof“ im Bereich Ossendorf unterblieben?

Antwort der Verwaltung:

Grundsätzlich wurden bei der Erstellung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts (EHZK) alle Wohngebiete Kölns in der Analyse der Versorgungssituation berücksichtigt. Dies bedeutet aber nicht, dass in jeder Wohnsiedlung zusätzliche Standorte für Nahversorgung empfohlen werden. Grund hierfür kann zum Beispiel die vorhandene Versorgung durch einen bereits bestehenden Zentralen Versorgungsbereich sein. Auch eine gewisse Mindest-Einwohnerzahl ist für die Empfehlung eines neuen Nahversorgungszentrums oder eines Einzelstandortes erforderlich.

Die Wohnanlage Margarethapark in Ossendorf liegt innerhalb des 700 m Radius um das Nahversorgungszentrum Ossendorf (u. a. LIDL). Darüber hinaus besteht ein Edeka-Markt in integrierter Lage an der Ossendorfer Straße 306, ebenfalls in fußläufiger Erreichbarkeit zur Wohnanlage Margarethapark. Aus diesem Grund kann hier im Sinne des EHZK keine Unterversorgung festgestellt werden.

Das Wohngebiet Am Butzweilerhof war schon mehrmals Gegenstand von Anfragen in der Bezirksvertretung und wurde auch bereits während der Vorstellung des EHZK in der BV 4 im Januar 2011 ausführlich thematisiert. Tatsächlich liegt dieser Wohnbereich mit rund 500 Einwohnern außerhalb des 700 m Radius um das NVZ-Ossendorf. Die geringe Einwohnerzahl rechtfertigt aber gemäß Steuerungs- und Ansiedlungsregeln des EHZK keine gesonderte Empfehlung für einen Lebensmittelmarkt.

2. warum wurde in Vogelsang kein Nahversorgungszentrum eingeplant?

Antwort der Verwaltung:

Der Stadtteil Vogelsang verfügte traditionell (Zentrenkonzeption 1992 und Nahversorgungskonzept 2003) über ein zweigeteiltes Geschäftszentrum am Vogelsanger Markt und am Glockenblumenweg. Leider konnte auch diese Einstufung das Zentrum nicht davor bewahren, in den letzten Jahren durch Betriebsaufgaben einen Großteil der Verkaufsflächen zu verlieren, so dass zum Zeitpunkt der Erhebung 2008 der erforderliche Schwellenwert für die Einstufung

zum Nahversorgungszentrum, 1000 m² VKF, nicht mehr erreicht werden konnte. Die Einplanung eines neuen Nahversorgungszentrums müsste mangels verfügbarer Flächen in integrierter Lage zwangsläufig im Grünbereich oder wohngebietsfern an der Venloer Straße erfolgen und damit die noch vorhandenen Betriebe am Markt und am Glockenblumenweg zusätzlich unter Druck setzen. Ziel der Empfehlungen des Einzelhandelskonzeptes ist es vielmehr, durch Unterstützung alternativer Konzepte (z. B. Bürgerladen oder Cap-Markt) die ehemaligen Zentren wieder so zu ertüchtigen, dass möglicherweise zukünftig wieder ein Nahversorgungszentrum ausgewiesen werden kann. Eine vielversprechende Initiative des Seniorennetzwerks Vogelsang zur Etablierung eines Bürgerladens wird entsprechend von der Verwaltung unterstützt.

3. warum wurden in Bocklemünd / Mengench die Zentrums Grenzen nicht erweitert um eine eventuelle gewerbliche Expansion zu ermöglichen?

Antwort der Verwaltung:

Die Abgrenzung des Zentrums orientiert sich an dem vorhandenen Bestand, dem Anspruch an eine Kompaktheit bzw. fußläufige Erlebbarkeit und ggf. an Potenzialflächen, wobei zumindest mittelfristig eine grundsätzliche Vollziehbarkeit der Planung erforderlich ist. Außerhalb der Zentrums Grenzen sieht die Verwaltung diese Potenzialflächen nicht. Die dort vorhandenen Nutzungen Schule, Altenheim, Grünfläche und Wohnen stehen nicht zur Disposition.

4. warum wurde die Zentrums Grenze in „Alt - Bocklemünd“ derart eng bemessen?

Antwort der Verwaltung:

Die Frage kann nicht nachvollzogen werden. In Alt-Bocklemünd gibt es gar kein Zentrum.

5. gibt es bereits seitens der Verwaltung Pläne oder Vorschläge, wie man die Nahversorgungsbedarfe in den oben genannten Stadtteilen zu lösen gedenkt, welche und wann werden diese der Bezirksvertretung vorgelegt?

Antwort der Verwaltung:

Zu Vogelsang: s. o. Pkt. 2.

Zu Margaretapark: Durch Schutz und Stärkung des Nahversorgungszentrums Ossendorf

Zum Butzweilerhof: Das EHZK sieht bewusst keine zusätzliche Nahversorgung von Gewerbegebieten, sondern eine klare Orientierung auf die Wohnbereiche vor. Andernfalls würden unweigerlich Kaufkraftumverteilungen zu Lasten der Zentralen Versorgungsbereiche auftreten.

8.1.4 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Einzelhandelskonzept, allgemein AN/1537/2011

1. welche Dienstleistungsfirmen fallen unter den Regelungsbereich des Einzelhandelskonzeptes und in welche Sortimentsgruppen sind diese dann einzuordnen?

Antwort der Verwaltung:

Dienstleistungen, wie auch Gastronomiebetriebe und Soziale Infrastruktur sind als sogenannte Komplementärnutzungen zum Einzelhandel maßgeblich für die Identifikation und ggf. auch Abgrenzung der Zentralen Versorgungsbereiche. Sie unterscheiden ein Zentrum z. B. von einer reinen Fachmarkttagglomeration im Gewerbegebiet (vgl. Marsdorf). Sie unterliegen

aber als Komplementärnutzungen nicht den Steuerungs- und Ansiedlungsregeln des EHZK sondern sind hinsichtlich Ihrer Zulässigkeit im Rahmen des Baugesetzbuches zu beurteilen.

2. welche Auswirkungen hat das Einzelhandelskonzept auf die Zulässigkeit von Gastronomiebetrieben?

Antwort der Verwaltung:

S. o.

3. in welchem Bereich dürfte sich ein großflächiger Einzelhandel (Bsp. 900 qm) mit nahversorgungsrelevantem Kernsortiment ansiedeln und welche Handwerksbetriebe sind im zentralen Versorgungsbereich (ZVB) zulässig?

Antwort der Verwaltung:

Die Beurteilung von Handwerksbetrieben erfolgt analog der o. g. Komplementärnutzungen. Großflächige nahversorgungsrelevante Betriebe sind zulässig in: City, Bezirkszentren, Bezirksteilzentren und in Stadtteilzentren sowie in praktisch allen Nahversorgungszentren (Voraussetzung: Einwohnerzahl im Versorgungsgebiet verfügt über eine der Umsatzleistung des Betriebes entsprechende Kaufkraft), in Nahversorgungslagen sowie in siedlungsräumlich integrierten Lagen außerhalb eines Radius von 700 m um Zentrale Versorgungsbereiche (Voraussetzung: Umsatzleistung des Betriebes übersteigt nicht 35 % der sortimentspezifischen Kaufkraft im 700 m Radius um das Vorhaben).

Vgl. hierzu auch Steuerungsschema Einzelhandlungsentwicklung S. 75 EHZK.

4. nach welchen Maßstäben wurden die Grenzen der Nahversorgungszentren ermittelt und mit welchen Begründungen wurden sie festgelegt?

Antwort der Verwaltung:

Die Kriterien für die Abgrenzung zentraler Versorgungsbereiche sind im Anhang des EHZK, S. 1039ff detailliert dargestellt.

5. wann wird das vorliegende Konzept aktualisiert und der Bezirksvertretung wieder vorgelegt?

Antwort der Verwaltung:

Das EHZK wird gemäß Beschluss der BV 4 in einer umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung im Bezirk vorgestellt. Termine sind der 25.01. (Ehrenfeld) und 26.01.2012 (Vogelsang). Nach Bewertung der Ergebnisse dieser Bürgerbeteiligung wird das Konzept zur abschließenden Beratung erneut der BV 4 vorgelegt. Eine Aktualisierung des Konzeptes ist in ca. 5 Jahren vorgesehen.

**8.1.5 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Baumfällungen Apenrader Straße 42
AN/1544/2011**

Die Stellungnahme der Verwaltung kann erst in der nächsten Sitzung abgegeben werden.

**8.1.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Information über Baumfällungen und Ersatzpflanzungen in Ehrenfeld
AN/1545/2011**

Die Stellungnahme der Verwaltung kann erst in der nächsten Sitzung abgegeben werden.

8.1.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Lärmstreifen AN/1546/2011

Die Stellungnahme der Verwaltung kann erst in der nächsten Sitzung abgegeben werden.

8.2 Neue Anfragen

8.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion, betr.: Montessori-Gymnasium, Rochusstraße AN/1740/2011

Die Montessori – Pädagogik gehört zu einem stark nachgefragten Bildungskonzept, das seinen festen Platz im Bildungsangebot der Stadt Köln zu Recht beansprucht. Gerade im Stadtbezirk Ehrenfeld hat sich diese Schulform mehr als bewährt, muss hier auch dringend erhalten bleiben und bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden. Es kann und darf nicht sein, dass Kinder abgewiesen werden, deren Eltern gezielt diese Schulform wählen möchten, nur weil das Raumangebot nicht ausreicht. Daher fragen wir an:

- welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, das bestehende Montessori – Zentrum mit Kindergarten bzw. Kindertagesstätte, Grundschule und Hauptschule, sowie dem angegliederten Gymnasium als Bildungslandschaft im mittleren Bereich von Bickendorf / Ossendorf auszubauen
- welche Flächen dieser Bestandsbauten sind jetzt bereits vorhanden, welcher Flächenbedarf ist zukunftsorientiert erforderlich und wie wird dieser sichergestellt
- welche Grundlagen schafft die Verwaltung um zu gewährleisten, dass Eltern, deren Kinder bereits den Kindergarten bzw. die Kindertagesstätte und die Grundschule im Montessori-Zentrum besuchen, in Folge der Wechsel zur Hauptschule und zum Gymnasium als weiterführende Schule möglich bleibt, ohne den Schulbezirk wechseln zu müssen.

Antwort der Verwaltung zur 1. und 2. Frage:

Zwischen den Schulleitungen der am Standort Rochusstr. 147, 50827 Köln-Bickendorf, befindlichen beiden Schulen Montessori-Gymnasium und Montessori-Hauptschule und der Schulverwaltung finden seit mehreren Jahren intensive Gespräche statt, um durch verschiedene Lösungsmodelle/Raumprogramme dem, u.a. durch die Weiterentwicklung des Ganztagsangebotes und den gestiegenen Schülerzahlen, entstandenen Raumbedarf am Montessorizentrum Rechnung zu tragen.

So wurden 2008 erste Raumprogramme für einen Erweiterungsbau vorgestellt und mit den Schulleitungen abgestimmt. Eine auf dieser Basis von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln intern erstellte, aber nicht förmlich dokumentierte Machbarkeitsstudie ergab, dass die seinerzeit vereinbarten Raumprogrammflächen mit kleineren Einschränkungen auf dem Schulgrundstück untergebracht werden können.

Durch weitere Veränderungen in der Schullandschaft, wie z.B. die geplante Teilnahme am Schulversuch **Gemeinschaftsschule** mit dem Standort Rochusstr./Borsigstr., Schließung von städtischen Hauptschulen, Teilnahme des Montessori-Gymnasium am gebundenen Ganztags, Berücksichtigung der räumlichen Belange im Zusammenhang mit Inklusion und der Entwicklung der Raumprogrammleitlinien der Stadt Köln im Herbst 2009 oder die beabsichtigte Erhöhung von Zügigkeiten, ergaben sich wiederkehrend Veränderungen die sich jeweils auf das Raumprogramm der Schulen auswirkten.

Der Antrag auf Errichtung einer 3-zügigen Gemeinschaftsschule (2 Züge am Standort Rochusstr. und 1 Zug am Standort Borsigstr.) wurde vom Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW mit Schreiben vom 02.02.2011 abgelehnt.

Im Rahmen des Schulkonsenses der Regierungskoalition des Landes NRW mit der CDU

wurden Eckpunkte zur Zukunft des Schulsystems in NRW beschlossen. Sie einigten sich am 19.07.2011 auf die Bildung einer „**Sekundarschule**“. Gleichzeitig trennten sie sich von ihren bisherigen Modellen zur Weiterentwicklung des Schulsystems, indem die Vorschläge zur gesetzlichen Normierung von Gemeinschaftsschulen und Verbundschulen zurückgezogen wurden. Die auf der Basis der vereinbarten Eckpunkte erforderliche Änderung des Schulgesetzes NRW soll noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Unter Berücksichtigung weiterer angekündigter schulstruktureller Aspekte, die ebenfalls in der Gesetzesnovelle berücksichtigt werden sollen, ist die abschließende Festlegung von Raumprogrammen für den Standort Rochusstr. aktuell nicht möglich. Die erforderlichen Abstimmungen werden unverzüglich nach Klärung der offenen Fragen fortgesetzt. Ob und inwieweit eine Platzierung der dann erforderlichen Flächenbedarfe auf dem vorhandenen Schulgrundstück möglich ist, wird im Rahmen der Durchführung einer Machbarkeitsstudie zu prüfen sein.

Antwort zur 3. Frage:

Die Bedarfe der Eltern für ihre Kinder werden möglichst gedeckt.

Wie seitens der Schulentwicklungsplanung im „Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan 2011“ dargestellt, ist vorgesehen, die Zügigkeiten an den beiden Gymnasien im Stadtbezirk Ehrenfeld in der Sekundarstufe I um jeweils einen Zug zu erhöhen. Sollte es im Stadtbezirk Ehrenfeld perspektivisch zur Bildung einer Sekundarschule kommen, würde zu diesen geplanten 2 Gymnasialzügen ein zusätzlicher Zug der Sekundarstufe I hinzukommen.

Für die Sekundarstufe II bestehen ebenfalls Planungen die Zügigkeiten an den beiden Gymnasien des Stadtbezirkes zu erhöhen.

8.2.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Änderung der Zuständigkeitsordnung AN/1759/2011

Die Stellungnahme der Verwaltung kann erst in der nächsten Sitzung abgegeben werden.

8.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion betr.: Führungen des Museumsdienstes für Schulklassen AN/1789/2011

Die Stellungnahme der Verwaltung kann erst in der nächsten Sitzung abgegeben werden.

9 Anträge

9.1 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Querparken in der Siemensstraße AN/1214/2011

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) schlägt aufgrund der Ergebnisse des Ortstermins eine Ergänzung des Antrages vor.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Stadtverwaltung mit der Prüfung und zeitnaher Vorstellung einer möglichen einseitigen Einrichtung von Querparken auf der westlichen Seite der Siemensstraße. **Analog zum Modell Alpener Platz befragt die Verwaltung die**

Anwohner Siemensstraße zwischen Nußbaumerstraße und Eichendorffstraße. Nach der Befragung befasst sich die BV mit dem Thema.

Abstimmungsergebnis

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem Ergänzungsantrag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem ergänzten Antrag einstimmig zu.

**9.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Sachstandsbericht der Verwaltung zu bisher noch nicht realisierten Spielplätzen und nicht aufgestellten Spielgeräten in Ehrenfeld
AN/1751/2011**

Frau John (512, Jugendamt, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung) führt aus, dass in Ehrenfeld bereits viele Spielplätze erneuert bzw. neu angelegt wurden und gibt einen Einblick in den Arbeitsbereich ihres Aufgabengebietes. In Köln gibt es 900 Spielplätze und Kita-Außenflächen für dessen Planung und Bau die Jugendverwaltung zuständig ist. In diesem Jahr wurden 22 Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms umgesetzt. Es gebe zudem noch viele laufende Maßnahmen zu bearbeiten.

Derzeit werde eine Spielplatzbedarfsanalyse erstellt anhand welcher eine Prioritätenliste festgelegt wird.

Die Analyse wird voraussichtlich Anfang 2012 fertig gestellt sein und danach in den Bezirksvertretungen vorgestellt werden.

Die Jugendverwaltung erkennt die steigende Bedeutung von Kinderspielplätzen und versucht einzelne Maßnahmen bei freien Kapazitäten umzusetzen.

Frau John erläutert die Sachstände zu Maßnahmen im Stadtbezirk:

- in Ossendorf konnte das Spielangebot durch eine Drehscheibe erweitert werden
- auf dem Bolzplatz in der Rochusstraße wurden die Tore erneuert
- auf dem Spielplatz im Leo-Ammann-Park wurde ein Kreuzmastpendel aufgestellt
- in der Everhardstraße wurde die Ersatzbeschaffung einer Kletterkombination durchgeführt
- auf dem Spielplatz Meisenweg wurde die Ersatzbeschaffung einer Sechseckschaukel vorgenommen

Zum geplanten Spielplatz im Neubaugebiet Butzweiler Hof führt Frau John aus, dass die beiden in der Diskussion stehenden Flächen noch nicht der Stadt Köln gehören. Somit sei sie noch nicht zuständig.

Herr von Wolff (61) erläutert hierzu, dass sich die Fläche an der Delfossestraße im Besitz der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten befindet. Diese hat die grundsätzliche Bereitschaft erklärt ein Teilstück der Fläche an die Sparkasse zu verkaufen. Die Verhandlungen hierüber laufen. Zwischenzeitlich wurde am Robinienhain ein provisorischer Spielplatz errichtet. Diese Fläche gehört bereits der Sparkasse.

Frau John führt ergänzend aus, dass noch keine Planungen vorliegen, weil noch nicht feststeht, auf welchem Grundstück der Spielplatz angelegt werden soll.

In allen weiteren Spielplatzplanungen treten zurzeit Verzögerungen ein. Aufgrund dessen können keine Aussagen über Termine getroffen werden.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich für die Ausführungen. Sie bittet um konkretere Aussagen zu den laufenden Spielplatzplanungen.

Frau John teilt mit, dass die Maßnahme „Silbermöwenweg“ zuerst umgesetzt wird. Danach werden die Goswin-Peter-Gath-Straße und die Lessingstraße bearbeitet. Die Planung zur Erweiterung des Spielangebotes auf dem Spielplatz Lessingstraße ist abgeschlossen. Die Beschlussvorlage zur Goswin-Peter-Gath-Straße wird kurzfristig zur Beratung eingebracht. Das Beteiligungsverfahren zur Anlage des Spielplatzes Silbermöwenweg ist abgeschlossen. Die Ideen und Wünsche der Kinder, Jugendlichen und Anwohner liegen vor. Die Fläche am „Rosengärtchen“ müsse generell umgestaltet werden. Das Aufstellen von Einzelgeräten sei nicht sinnvoll. Der Umbau der Fläche werde aber nicht als vorrangig angesehen. Hinsichtlich des Beschlusses zur Aufstellung von Spielgeräten für Kleinkinder führt sie aus, dass es grundsätzlich eine Aufgabenteilung mit Investoren und Eigentümern gebe. Gemäß Satzung müssen in der Umgebung von Wohnbebauung Spielplätze für Kleinkinder geschaffen werden. Dies sei eine Auflage für Baugenehmigungen. Auch auf den öffentlichen Spielplätzen seine Spielgeräte für Kleinkinder vorgesehen.

Zum Beschluss „generationsübergreifender Spielplatz“ führt sie aus, dass Spielplätze, die auch für Erwachsene vorgesehen sind lärmrechtlich anders zu bewerten seien, als solche nur für Kinder. Hier habe es entsprechende Gesetzesänderungen gegeben.

Auf dem Takufeld ist die Verwaltung gerade im Gespräch über die Errichtung einer BMX Strecke.

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) begrüßt die Aufstellung einer Prioritätenliste. Er fragt nach, wer die Entscheidung über die Fläche für den Kinderspielplatz am Butzweiler Hof trifft.

Herr von Wolff (61) teilt mit, dass die Verwaltung zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die Delfossestraße die vom Standort und von der Größe her geeignetere Fläche darstelle. Diese werde schon bespielt und sei für Kinder gefahrloser zu erreichen. Eine Entscheidung kann zusammen mit dem Investor erst nach Klärung der Eigentumsrechtlichen Fragen getroffen werden.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) fragt nach, ob es zutreffe, dass die zuständige Stelle für Ehrenfeld nicht besetzt sei.

Frau John (512) teilt mit, dass dies aufgrund der Wiederbesetzungssperre zutreffe. Eine Kollegin betreut den Aufgabenbereich zurzeit kommissarisch mit. Sie geht davon aus, dass die Stelle kurzfristig wieder besetzt werde.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) merkt an, dass eine Prioritätenliste ohne Zeitziele wenig wert habe. Sie erinnert daran, dass die Planungen für den Spielplatz Peter-Goswin-Gath Straße immer noch nicht vorliegen.

Frau John (512) teilt mit, dass die Beschlussvorlage schlussgezeichnet sei und in die Sitzung am 28.11.2011 eingebracht werde.

Bezirksvertreterin Haub (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass eine BMX-Strecke auf dem Takufeld nichts mit dem Beschluss der BV 4 für die Errichtung eines Spielplatzes zu tun habe.

Frau John führt aus, dass der Spielplatz Heinzelmännchenweg am Takufeld zur Umgestaltung anstehe. Die von Bezirksvertreterin Strobl (CDU-Fraktion) angesprochene BMX-Strecke in Vogelsang sei inoffiziell.

Beschluss:

Das Amt für Kinderinteressen soll in der BV-Sitzung die Umsetzungsplanung bzw. den aktuellen Sachstand bei den von der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossenen Spielplätzen sowie bei den von der Bezirksvertretung beschlossenen Spielgeräten in Ehrenfeld darstellen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**9.3 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Fahrradnadeln an der Ittisstraße
AN/1743/2011**

Bezirksvertreter Leitzen (SPD-Fraktion) begründet den Antrag seiner Fraktion.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung, an folgenden Stellen Fahrradnadeln aufzustellen:

- in Höhe der Haltestelle Ittisstraße/Äußere Kanalstraße, nördlicher Bereich und
- auf der im Zuge des Umbaus der Ittisstraße entstandenen Platzfläche vor der Apotheke. Dabei ist zu berücksichtigen, dass hier absehbar noch zwei Bänke aufgestellt werden. Die Fahrradnadeln sind möglichst so aufzustellen, dass ein unerlaubtes Parken von Kraftfahrzeugen auf der Platzfläche verhindert oder wenigstens erschwert wird.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**9.4 Prüfantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Linksabbiegerampeln
Widdersdorfer Str./Maarweg
AN/1752/2011**

Beschluss:

Die Verwaltung möge prüfen, ob die Ampelanlagen auf der Widdersdorfer Straße an der Kreuzung Widdersdorfer Str./Maarweg um Ampeln für die linksabbiegenden Fahrzeuge ergänzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**9.5 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Neue Altglascontainer Neptunplatz
AN/1744/2011**

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) erinnert an die Vorlage des Konzeptes des Vereins „Adresse Neptunplatz“ e.V.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) begründet den Antrag ihrer Fraktion. Das Konzept könne auf der Homepage des Vereins eingesehen werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, eine optisch ansprechende Lösung zur Entsorgung von Altglas auf dem Neptunplatz zu gewährleisten. Mit Priorität ist eine Lösung mit versenkbaren Altglascontainern anzustreben. Sollte dies wegen der Tiefgarage nicht möglich sein, ist eine Einhausung der Container vorzusehen, die auf das gestalterische Konzept des Vereins Adresse Neptunplatz abgestimmt ist.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem Antrag einstimmig zu.

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Querungshilfe Liebigstraße in Höhe Schadowstraße hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 07.09.2009, TOP 9.11 3613/2011

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

10.2.2 Private Wertstoffsammler an Wertstoffhöfen, Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 04.07.2011 2671/2011

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

10.2.3 Niederschrift der 7. Sitzung des Rahmenplanungsbeirates am 19. Juli 2011 3863/2011

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

10.2.4 Roteinfärbung der Fahrradschutzstreifen auf der Venloer Straße hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 21.03.2011, TOP 9.5 Anfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 8.2 3720/2011

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert die immer noch nicht vorgenommene Roteinfärbung des Schutzstreifens. Zudem sei die Einfärbung bis zur Josephkirche vereinbart, in der Mitteilung ist allerdings die Phillipstraße genannt.

Frau Rosenstein (66) teilt mit, dass es sich hier um einen Fehler handelt. Die Roteinfärbung ist bis zur Klarastraße vorgesehen.

Frau Scheunemann (02-4) regt an den Fahrradbeauftragten zur Beantwortung offener Fragen entweder zur nächsten Sitzung oder Fraktionsvorsitzendenbesprechung einzuladen.

**10.2.5 Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 nach Bocklemünd/Mengenich
hier: Fußgängerbrücken im Bereich Tollerstraße
3874/2011**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.2.6 Baumfällungen im Stadtbezirk Ehrenfeld
4040/2011**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**10.2.7 Denkmalpflegerisches Gutachten zum Friedhof Ehrenfeld 2011
4044/2011**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

11 Mündliche Anfragen

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) fragt nach warum die Bezirksvertretung nicht über den Start des neuen Bürgerhaushaltsverfahren informiert wurde.

Frau Scheunemann (02-4) teilt mit, dass dies mit den Fristen zur Einbringung des Haushaltes zusammenhänge.

Wirges
Bezirksbürgermeister

Jung
Schriftführerin